

Anlage 2

, den

Antrag auf Einbürgerung

nach

☐ § 8 StAG☐ § 9 StAG☐ § 10 StAG**Bitte alle Fragen beantworten.****Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.****Bei Minderjährigen ab 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.****Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:**

1. Angaben zu meiner Person		Vermerke der Behörde																							
<table border="1"> <tr> <td>Familienname (ggf. Geburtsname)</td> <td>Vorname(n)</td> </tr> <tr> <td>Geburtsdatum</td> <td>Geburtsort, Kreis, Staat</td> </tr> <tr> <td>Wohnort (PLZ, Ort)</td> <td>Straße</td> </tr> <tr> <td colspan="2">ausgeübter Beruf</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Tel. / Fax / E-Mail</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft </td> </tr> <tr> <td colspan="2">Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung – des Urteils)</td> </tr> </table>			Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	Wohnort (PLZ, Ort)	Straße	ausgeübter Beruf		Tel. / Fax / E-Mail		Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft		Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft		Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung – des Urteils)								
Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)																								
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat																								
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße																								
ausgeübter Beruf																									
Tel. / Fax / E-Mail																									
Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft																									
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft																									
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung – des Urteils)																									
2. Angaben zur Person meine(r,s) Ehegattin/Ehegatten, meine(r,s) eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners																									
<table border="1"> <tr> <td>Familienname (ggf. Geburtsname)</td> <td>Vorname(n)</td> </tr> <tr> <td>Geburtsdatum</td> <td>Geburtsort, Kreis, Staat</td> </tr> <tr> <td>Wohnort (PLZ, Ort)</td> <td>Straße</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Ausgeübter Beruf</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit(en)</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ? ☐ Nein ☐ Ja (Falls nicht Deutscher)</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften ☐ Nein ☐ Ja, </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <table border="1"> <tr> <td>1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis</td> <td>aufgelöst durch</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners</td> </tr> <tr> <td>2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis</td> <td>aufgelöst durch</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners</td> </tr> </table> </td> </tr> </table>		Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	Wohnort (PLZ, Ort)	Straße	Ausgeübter Beruf		Staatsangehörigkeit(en)		Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ? ☐ Nein ☐ Ja (Falls nicht Deutscher)		Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften ☐ Nein ☐ Ja,		<table border="1"> <tr> <td>1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis</td> <td>aufgelöst durch</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners</td> </tr> <tr> <td>2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis</td> <td>aufgelöst durch</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners</td> </tr> </table>		1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis	aufgelöst durch	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners		2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners	
Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)																								
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat																								
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße																								
Ausgeübter Beruf																									
Staatsangehörigkeit(en)																									
Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ? ☐ Nein ☐ Ja (Falls nicht Deutscher)																									
Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften ☐ Nein ☐ Ja,																									
<table border="1"> <tr> <td>1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis</td> <td>aufgelöst durch</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners</td> </tr> <tr> <td>2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis</td> <td>aufgelöst durch</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners</td> </tr> </table>		1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis	aufgelöst durch	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners		2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners																	
1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis	aufgelöst durch																								
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners																									
2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch																								
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten / Lebenspartners																									

3. Angaben zu Status und Aufenthalt

Vermerke der Behörde

Status

Meine derzeitige(n) Staatsangehörigkeit(en)

Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt ? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)

☐ Nein☐ Ja, durch →

Frühere Staatsangehörigkeit(en)

Verlustgrund

☐ Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist kraft Gesetzes eingetreten☐ Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch →

Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates

Besonderer Statusehemaliger Kontingentflüchtling ? ☐ Nein ☐ Ja, nachgewiesen durchHeimatloser Ausländer ? ☐ Nein ☐ Ja, nachgewiesen durchAusländischer Flüchtling ? ☐ Nein ☐ Ja, nachgewiesen durchStaatenloser ? ☐ Nein ☐ Ja, nachgewiesen durchAsylberechtigter ? ☐ Nein ☐ Ja, nachgewiesen durchWurde ein Asylwiderrufsverfahren eingeleitet ? ☐ Nein ☐ Ja**Wehrdienst**Wehrpflichtig ? ☐ Nein ☐ JaVom Wehrdienst befreit / zurückgestellt ☐ Nein ☐ Ja, bisWehrpflicht erfüllt? ☐ Nein ☐ Ja, von - bisAnderer geleisteter Wehrdienst ? ☐ Nein ☐ Ja, von - bis**Aufenthalte seit Geburt**

von bis In (Ort, Staat)

Aufenthaltsgenehmigungen vor dem 01.01.2005				Vermerke der Behörde
Aufenthaltsberechtigung erteilt ? ☐ Nein ☐ Ja	Aufenthaltserlaubnis erteilt ? ☐ Nein ☐ Ja	Aufenthaltsbefugnis erteilt ? ☐ Nein ☐ Ja	gültig bis	
Aufenthaltsgenehmigungen nach dem 01.01.2005				
Niederlassungserlaubnis erteilt ? ☐ Nein ☐ Ja	Aufenthaltserlaubnis erteilt ? ☐ Nein ☐ Ja, nach § Aufenthaltsgesetz		gültig bis	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger ? ☐ Nein ☐ Ja				
4. Angaben zu meinen Kindern Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; außereheliche Kinder				
	1. Kind	2. Kind	3. Kind	
Familienname				
Vorname(n)				
Geburtsdatum				
Geburtsort				
Staatsangehörigkeit(en)				
Mit einzubürgern ?	☐ Nein ☐ Ja	☐ Nein ☐ Ja	☐ Nein ☐ Ja	
Das Kind stammt aus:				
- jetziger Ehe	☐	☐	☐	
- früherer Ehe	☐	☐	☐	
- keiner Ehe	☐	☐	☐	
wurde adoptiert	☐	☐	☐	
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	☐ liegt bei	☐ liegt bei	☐ liegt bei	
	4. Kind	5. Kind	6. Kind	
Familienname				
Vorname(n)				
Geburtsdatum				
Geburtsort				
Staatsangehörigkeit(en)				
Mit einzubürgern ?	☐ Nein ☐ Ja	☐ Nein ☐ Ja	☐ Nein ☐ Ja	
Das Kind stammt aus:				
- jetziger Ehe	☐	☐	☐	
- früherer Ehe	☐	☐	☐	
- keiner Ehe	☐	☐	☐	
wurde adoptiert	☐	☐	☐	
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	☐ liegt bei	☐ liegt bei	☐ liegt bei	

innenministerium NRW, Referat 14
Stand: 22.08.2005

Berufsausbildung / Studium / Qualifikation					Vermerke der Behörde
von	bis	Art	Abschluss	Staat	

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren			
von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers

7. Angaben zu Straftaten / erheblichen Ordnungswidrigkeiten

7.1 Strafverfahren (einschließlich Straftaten im Ausland)

☐ keine Straftaten

☐ abgeschlossene Strafverfahren

Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren ?

☐ Nein

☐ Ja, wegen

Behörde u. AZ:

Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre ?

☐ Nein

☐ Ja, Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

7.2 Erhebliche Ordnungswidrigkeiten (ab 500,- EUR Bußgeld)

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

☐ keine erheblichen Ordnungswidrigkeiten (ab 500,- EUR Bußgeld)

☐ abgeschlossene Ordnungswidrigkeitenverfahren (ab 500,- EUR Bußgeld)

Verstoß	Behörde	Bußgeld	Datum

8. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen

Vermerke der Behörde

8.1 Einkünfte

		Betrag EUR / Monat ↓
Erwerbseinkünfte (brutto)	☐ Nein ☐ Ja,	
Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	☐ Nein ☐ Ja,	
Einkünfte aus Vermietung / Verpachtung	☐ Nein ☐ Ja,	
Rente	☐ Nein ☐ Ja,	
Unterhalt / Unterhaltskostenvorschuss	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Erziehungsgeld	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Kindergeld	☐ Nein ☐ Ja,	
Wohngeld	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Sozialgeld	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Sozialhilfe	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Krankengeld	☐ Nein ☐ Ja,	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	☐ Nein ☐ Ja,	
Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II / Sozialgeld / Sozialhilfe		

8.2 Alterssicherung**- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -**

		Anzahl der Beitragsmonate
☐ Nein ☐ Ja, durch →	☐ gesetzliche Rentenversicherung	
	☐ private Renten-/Lebensversicherung	seit / Summe
	☐	

8.3 Krankenversicherung**- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -**
☐ gesetzliche Krankenversicherung ☐ private Krankenkasse

8.4 Einkünfte der Familienangehörigen (gem. Nr. 8.1)		Vermerke der Behörde
☐ brutto Familienname, Vorname		
	Betrag EUR / Monat	
8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche		
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ? ☐ Nein ☐ Ja (Name und Anschrift der / des Unterhaltspflichtigen)		
	Betrag EUR / Monat	
Bruttoeinkünfte der / des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR / Monat	
8.6 Unterhaltsverpflichtungen		
Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören ?		
☐ Nein ☐ Ja, und zwar		
Gegenüber welcher Person / welchen Personen ?		
Unterhaltsrückstände		
☐ Nein ☐ Ja, in Höhe von EUR		
9. Vermeidung von Mehrstaatigkeit		
Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.		
☐ Ja	☐ Nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)	
10. Sonstiges		
Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt bei (Behörde)		
☐ Nein ☐ Ja,		
Wurde über den Antrag entschieden ?		Datum der Entscheidung
☐ Nein ☐ Ja, ☐ er wurde von mir zurückgenommen. ☐ er wurde abgelehnt. ☐ er wurde zurückgestellt.		

11. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung**Loyalitätserklärung****(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)**

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - d) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

↓ Unterschrift

← Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde / Unterschrift)

Verwaltungsgebühren:

255,--€ je erwachsenen Einbürgerungsbewerber

51,--€ für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,--€ für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i.d.R. 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Einwilligung gem. § 4 Abs.1 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgesetz NRW

Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und –verarbeitung wurde mir ausgehändigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften in Verbindung mit §§ 12,13 Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

Hinweis zur Verfassungstreue

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden.

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

Lichtbild (aus neuerer Zeit)	Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin, ↓ der/des gesetzlichen Vertreter(s/in) <u>Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:</u> Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder. ↓ Datum, Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)
---	--

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde / Unterschrift)

Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für **Ihre Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.